

21

Hamburg, 20. April 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Ehlers, Fay, Fricke, Gradl, Frau Gröwel, Gurk, Kaiser, Kiesinger, Krone, Majonica, Pferdmenes, Scharnberg, Simpfendörfer, Tillmanns, Vogel, Wuermeling, Zimmer.

Hamburger Programm. Verschiebung des Termins für die Bundestagswahl.

Beginn: 22.20 Uhr

Ende: 24.00 Uhr

Kaiser: Meine Damen und Herren! Wir wollen beginnen. Ich habe mit dem Bundeskanzler gesprochen. Er wird gleich hierherkommen.

HAMBURGER PROGRAMM

Kiesinger: Wir haben heute die erste Sitzung des Redaktionsausschusses gehabt. In der Zwischenzeit sind viele Kritiken laut geworden. Ich habe den Eindruck, daß sich diese Kritik weniger gegen den Stoff als gegen das zu wenige Selbstbewußtsein richtet; das Programm sei zu fade und zu matt.

Ich habe selbst daran mitgearbeitet und bekenne mich genauso schuldig wie die anderen. Das ist nach meiner Ansicht daraus zu erklären, daß wir zum Schluß nur sehr wenig Zeit zur Verfügung hatten. Nun sind verschiedene Personen an mich herangetreten. Etzel sagte mir, gewisse Dinge seien unhaltbar, z.B. im außenpolitischen Teil.

Im allgemeinen wurde gesagt, wir sollten die Sache noch stärker zusammenfassen, knapper, etwas stolzer und selbstbewußter. Das läßt sich machen, wenn man eine Nacht opfert und versucht, die Dinge kürzerzufassen. Ziemlich übereinstimmend wurde gesagt, der Abschnitt über die Wirtschaftspolitik sei gut und überzeugend.

Ich will gleich ein Beispiel geben, wie ich mir die Sache gedacht habe. Tillmanns hat es mir schrecklich übelgenommen. Die erste Seite ist auch ein wenig umständlich. Ich hätte z.B. folgendes gesagt, nachdem ich es mir überlegt habe:

„Die Christlich-Demokratische Union hat in den letzten vier Jahren die deutsche Politik geführt. Sie gibt nunmehr Rechenschaft von dem Geleisteten und für den kommenden Bundestag ihr Programm bekannt.“

Das ist also eine stilistische Frage. Darüber kann man sprechen. Es ist ein Vorschlag, den ich angeboten habe. Den kann man annehmen oder nicht. Es ist mir wahrhaftig nicht um irgendeine Formulierung zu tun. Das könnte überhaupt ein anderer übernehmen, da ich diese Arbeit gesundheitlich nicht tragen kann.

Wir sollten uns also nicht gegeneinander ärgern, sondern gemeinsam den Ver-

suchen machen, etwas zu straffen und die Mattigkeit beseitigen. Leider ist die Sache schon in die Hände von Journalisten gekommen. Diese Leute kamen unisono an und sagten, das ist nicht überzeugend, was ihr da gemacht habt. Auch Brentano hat mir nachdrücklich gesagt, daß er mit seinen hessischen Freunden zusammengesessen hätte. Man sei zu der Meinung gekommen, es sei nicht überzeugend. Das gleiche sagte auch Herr Zimmer. Da dies auch meinem eigenen Gefühl entsprang, habe ich Gewissenserforschung gehalten und bin nun bereit, die heutige Nacht durchzuarbeiten, um zu versuchen, die Sache zu straffen.

Kaiser: Hören wir Dr. Tillmanns dazu, der sich die meiste Mühe gemacht hat.

Tillmanns: Ich glaube, wir haben alle gemeinsam den Wunsch, daß am Mittwoch das Programm der Christlich-Demokratischen Union für die zweite Wahl des Bundestages beschlossen und bekanntgegeben wird.

Die Meinungsauseinandersetzungen waren für die Öffentlichkeit ein Versagen. Wir dürfen uns nichts vornehmen, was unser Ziel gefährdet.

Wir müssen etwas vollständiges Neues schaffen – das hat mir Kiesinger erklärt! (*Gröwel:* Nein!) Sie können doch nicht Nein sagen, Sie waren doch nicht dabei!

Kiesinger: Das ist nicht wahr! Das haben Sie verstanden. Das habe ich nicht erklärt!

Tillmanns: Wenn mir das bestritten wird, diskutiere ich nicht weiter!

Kiesinger: Ich habe gesagt, wir müssen die Sache stilistisch vervollkommen.

Tillmanns: Das haben Sie nicht gesagt!

Kiesinger: Doch, Sie haben sofort nicht mehr zugehört!

Tillmanns: Sie haben gesagt: Das muß ganz neu gemacht werden. Das muß ich heute nacht machen.

Kiesinger: Sie haben zu rasch reagiert.

Tillmanns: Das stimmt ja nicht!

Kiesinger: Doch!

Tillmanns: Es muß neu gemacht werden, das haben Sie gesagt.

Kiesinger: Ja, Sie haben mich nicht ausreden lassen.

Tillmanns: Es hat ja keinen Sinn. (*Tillmanns verläßt den Saal.*)

Kiesinger: Wenn wir anfangen herauszulaufen, dann kann ich das auch tun!

Tillmanns (beim Verlassen des Raumes): Herr Etzel hat mich gebeten, „herauszulaufen“. Hören Sie nun endlich mit Ihrer Schulmeisterei auf!

(*Unruhe und Bewegung bei den Anwesenden.*)

Fay: Was können wir praktisch machen?

Kaiser: Herr Kiesinger hat vielleicht etwas lasch gesagt, man kann es in dieser Form nicht gebrauchen; ich werde mich heute nacht hinsetzen und die Sache etwas straffen. Darauf hat Tillmanns, der sich sehr viel Arbeit gemacht hat, empfindsam reagiert. Das muß man zu würdigen wissen. Wir wollen nicht wünschen, daß die beiden Freunde in der letzten Minute auseinanderkommen.

Das war zwischen dem alten Kaiser und König von Preußen und Bismarck

genauso. Da ist einer davongelaufen und am nächsten Morgen war die Sache gut geworden. (*Adenauer erscheint.*)

Gut, daß der Kanzler kommt!

Herr Bundeskanzler! Ich darf mit einem Wort sagen, was erörtert wird. Zunächst wird gesprochen über das Wahlprogramm, das am Mittwoch verkündet werden soll. Die Hauptarbeit hat wohl Tillmanns gehabt. Die Arbeit ist keine Vollkommenheit. Das weiß jeder, der Einsicht genommen hat. Das hängt damit zusammen, daß zu viele Federn daran mitgearbeitet haben, und auch wohl daran, daß der Kanzler nicht im Lande war und seine Autorität fehlte.

Also, es hat nicht ganz geklappt. Nun ist die Arbeit vorgelegt, aber nicht freundlich aufgenommen worden.

Über das Programm ist jetzt eine Debatte entstanden, wobei sich die beiden Männer, die die Hauptarbeit geleistet haben – Tillmanns und Kiesinger –, heftig in die Haare geraten sind. Kiesinger hat unter dem Eindruck der Kritik gesagt, gut, dann nehme ich das Manuskript, setze mich eine Nacht hin und bringe es auf eine straffere Form. Das hat Tillmanns – den ich so empfindsam bisher nicht gekannt habe – verletzt, und er wollte davonlaufen. Ich habe gesagt, einen Bruderstreit können wir nicht . . . da kommt Tillmanns wieder.

Fay: Wir haben heute mit den hessischen Freunden über die Sache gesprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Programm in dieser Form nicht hinausgehen kann. Es müssen erhebliche Änderungen vorgenommen werden.

Es wird z.B. viel davon gesprochen, daß wir die überbetriebliche Mitbestimmung fordern. Das war mir und unseren Parteifreunden neu. Das steht m.E. falsch drin. Es sind wenige Dinge, die man sachlich kritisieren kann, aber entscheidend muß man die Form kritisieren. Es handelt sich nicht um ein Programm, sondern um eine aufzählende Schrift, die mal in der Vergangenheit und mal in der Gegenwart schreibt und hin und wieder einen Ausblick in die Zukunft offenläßt.

Nachdem die SPD ihr Dortmunder Aktionsprogramm – ergänzt durch das sozialpolitische Programm¹ – herausgegeben hat, und zwar in einer Form, die dem Herrn Goebbels große Ehre machen würde . . .

Adenauer: Sie tun dem Goebbels Unrecht; er hätte es besser gemacht!
(*Heiterkeit.*)

Fay: Aber es ist von seinem Geiste. Wir sollten uns daher darauf beschränken, vielleicht in wenigen Sätzen die Marschrichtung aufzuweisen. Das braucht nicht

¹ Zum Aktionsprogramm, beschlossen auf dem Parteitag in Dortmund vgl. AdG 1952 S. 3585–3588, 3671; Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie (hrsg. von D. DOWE und K. KLOTZBACH). Berlin/Bonn 1973 S. 297–348; vgl. auch Nr. 15 Anm. 2. Das sozialpolitische Programm wurde auf einer Tagung im Januar 1953 erarbeitet (vgl. „Neuer Vorwärts“ vom 30. Januar 1953, Nr. 5, „Freiheit von Not – Freiheit von Furcht“).

begründet zu werden und braucht auch nicht in die Vergangenheit zu zeigen. Man kann dabei herausstellen, was uns als Regierungs- und Koalitionspolitik für die Zukunft einleuchtend erscheint.

Es ist m.E. falsch, ein großes Compendium über unsere bekannte Auffassung – wie z.B. den Kampf gegen die Allmacht des Staates usw. – zu geben. Das ist nicht mehr notwendig. Wir könnten vielleicht in zehn Sätzen etwas Konkretes herausstellen.

Albers: Was jetzt vorliegt, ist die Arbeit von einem Vierteljahr in den verschiedenen Ausschüssen. Die ganze Kritik, die an diesem Werk geübt wird, geschieht zu Unrecht. Wer die Geschichte des Ahlener Programms und der Düsseldorfer Leitsätze kennt, der weiß, daß man nicht alle Wünsche in einigen Sätzen darstellen kann.

Es ist versucht worden, eine allgemeine Zusammenfassung herauszubringen, und das ist gelungen. Ich lasse mit mir reden über gewisse Formulierungen, aber nicht über den Inhalt. Wir müssen die Dinge etwas eingehender darstellen. Es ist unmöglich, in zehn Sätzen dem Volke etwas ohne Zusammenhang zu erklären.

Adenauer: Ich habe die Sache in irgendeiner Stadt in Amerika bekommen und habe es durchgelesen. Es sind sehr gute Gedanken darin, aber ich darf in Fortführung der Ausführungen von Herrn Fay sagen, man hat immer das Recht, klüger zu werden.

Wir wollen uns darüber klar sein, daß wir mit dem Mitbestimmungsrecht – ich sage das in aller Offenheit – in weiten Kreisen bis über die Ohren hineingefallen sind. Wir haben einer Gewerkschaft eine Macht gegeben, wie sie niemals ein kapitalistischer Konzern gehabt hat. Aber das mal ganz beiseite.

Herr Albers, das können Sie nach meiner Meinung nicht als Programm verwenden; das liest bestimmt keiner. Vergessen Sie doch niemals, daß die Wahlen entschieden werden von Leuten, die nicht Politiker sind, die an alle diese Dinge mit einem gewissen Widerstand herangehen und die Sie deswegen auf irgendeine Weise packen müssen. Was hier steht, ist außerordentlich wertvoll, aber Sie können unmöglich, Herr Albers, 24 Schreibmaschinenseiten als Programm für eine Wahl herausgeben. Man liest vielleicht eine oder zwei Seiten, und bei der dritten Seite hört es normalerweise auf.

Ich denke nicht daran, dieses Werk ad acta zu legen, aber man sollte für die Wahl – verzeihen Sie den Ausdruck – als eine Art Wahlschlager einige wirklich gute Sätze herausnehmen; ich will nicht sagen „Zehn Gebote“, aber etwas Ähnliches sollte man machen. Ich darf Sie an folgendes erinnern: Als die Sozialdemokraten ihren Parteitag mit einem ellenlangen Beschluß abschlossen, hat jeder von uns den Kopf geschüttelt.

Wenn die Herren bereit sein sollten, sich eine Nacht hinzusetzen – am liebsten Tillmanns, Kiesinger und Fay –, dann wäre es gut, wenn sie versuchten, noch etwas daraus zu machen.

Krone: Man kann es so machen, aber ob die Mehrheit des Vorstandes das will,

das weiß ich nicht. Das war nie der Auftrag, der den drei Herren bisher gegeben worden ist. Der Auftrag lautete, zu den großen uns bewegenden Fragen die Stellungnahme der CDU herauszuarbeiten. Das ist geschehen aufgrund detaillierter Arbeitsergebnisse der Ausschüsse nach wochenlanger Arbeit. Ich glaube, es ist eine Pflicht, das hier einmal festzustellen und den Herren den Dank des Vorstandes auszusprechen.

Etwas Derartiges ist für die Arbeit in der Wahlagitation erforderlich. Außerdem ist daneben ein „Zehn-Gebote-Aufruf“, wie Fay es will, notwendig.

Ehlers: Ich bin der gleichen Meinung wie Dr. Krone, daß der Auftrag, der gegeben worden ist, darin bestand, die Arbeiten der Ausschüsse aufeinander abzustimmen, um eine einheitliche Sache zu machen. Diese Zusammenfassung verdient nicht, daß sie in dieser Weise kritisiert wird. Die Forderung aufzustellen, das Programm in zehn Sätze zusammenzufassen, ist einfach und nicht neu; sie aber zu verwirklichen, bekanntlich schwer.

Scharnberg: Ich möchte davor warnen, die Sache auf einen kurzen Raum zusammenzudrängen, und zwar sage ich das aufgrund unserer Erfahrungen mit dem Ahlener Programm und mit den Düsseldorfer Leitsätzen. Die Herren, die daran gearbeitet haben, haben eine sehr große Mühe gehabt. Ich wehre mich dagegen, daß nun einige sagen: Dieses Werk wird einfach beiseite gelegt, wir schaffen in einer Nacht etwas Neues. So geht das nicht.

Adenauer: Ich denke nicht an das, was Sie meinen, Herr Scharnberg. Ich glaube, niemand denkt daran. Jeder erkennt absolut und restlos die Arbeit und ihre Qualität an, die geleistet worden ist. Aber stellen Sie sich vor, Herr Scharnberg, Sie müssen Flugblätter und Handzettel haben. Dieses Werk können Sie unmöglich als Flugblätter verwenden. Wir brauchen ferner etwas, was wir auf die Plakate schreiben müssen. Die Flugblätter müssen in Millionen von Exemplaren verteilt werden. Die Form der Flugblätter brauchen wir hier nicht zu beschließen, sonst kommen wir in ein uferloses Gerede hinein. Wir wollen uns darauf verständigen, den engeren Parteivorstand damit zu beauftragen.

Tillmanns: Wir hatten den Auftrag vom Vorstand, zu versuchen, aus dem Ergebnis der Ausschüsse ein solches Dokument zu fertigen. Wir haben uns dann dazu entschlossen, zunächst einmal das zu machen, was vorhin als Kompendium bezeichnet worden ist. Wir waren uns darüber im klaren, daß das, was hier zum Ausdruck gekommen ist, nicht die letzten publizistischen und propagandistischen Thesen sind, sondern daß dieses Material im Wahlkampf als publizistisches Kleingeld zu verwenden sei.

Wenn wir aber etwas ganz Neues machen wollen, werden wir bis morgen abend nicht fertig. Das glaube ich sachlich sagen zu sollen. Ich hoffe, niemand wirft mir Autorenstolz vor, obwohl es verständlich wäre, wenn diejenigen, die von Anfang an an einer solchen Sache mitgearbeitet haben, ihn hätten.

Es ist eine alte Erfahrung: wenn zwei Leute formulieren sollen, dann gibt es dreierlei Meinungen. Das ist nicht zu vermeiden. Dieser jetzt vorliegende Entwurf,

Herr Bundeskanzler, ist gegenüber dem, den wir Ihnen nach drüben geschickt haben, schon erheblich überarbeitet worden. Es können jetzt Straffungen nur in beschränktem Umfang vorgenommen werden. Wir könnten gewisse Gedanken oder Forderungen herauslassen, aber dann wäre es nicht mehr konkret genug. Es wäre unverständlich. Man kommt in die Gefahr, dann vollkommen farblos zu werden. Ich glaube, daß die Straffung nur in einem sehr geringen Maße möglich sein wird.

Im übrigen sind viele zusätzliche Forderungen hinzugekommen. Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, daß das Programm von der Presse allgemein verurteilt wird. Ich habe von maßgebenden Presseleuten Worte außerordentlicher Anerkennung über dieses Programm gehört.

Wir können höchstens versuchen, hier und da etwas zu straffen und die eine oder andere Formulierung etwas wirksamer und eindringlicher zu gestalten. Das ist noch möglich, wenn wir dazu kommen wollen, dieses Programm für den zweiten Deutschen Bundestag am Mittwoch der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Adenauer: Herr Tillmanns, ich mache mich anheischig, das Ganze auf ein Drittel zusammenzustreichen. Ich darf Ihnen einige Sätze vorlesen:

„Neuordnung von Staat und Gesellschaft

Unsere gesamte politische Arbeit steht unter dem Zeichen des Dienstes am Menschen. Dieser Dienst erschöpft sich nicht in der Sorge um seine materielle Existenz. Er fordert vielmehr von uns die Pflege der geistigen und kulturellen Kräfte, die dem menschlichen Leben erst echten Wert und Inhalt geben.

In der Not der Nachkriegszeit hat ein großer Teil unseres Volkes den Vorrang des Sittlichen und Geistigen vor dem Materiellen nicht mehr gesehen. Die Christlich-Demokratische Union sieht den Menschen auch in Politik und Wirtschaft als Träger sittlicher Verantwortung. Die geistigen Gestaltungskräfte des Menschen sollen in dieser seiner Verantwortung vor Gott wieder zum Ausgangspunkt der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung werden.“

Das können Sie doch zu vier Zeilen zusammenstreichen. Ich weiß nicht, wer es gemacht hat.

Wuermeling: Herr Bundeskanzler, wir können natürlich die ganzen grundsätzlichen Fragen fallenlassen und nur vier Sätze sagen, aber damit bekommen wir nicht die politische Wirkung. Die heutige Situation erklärt sich so: Wir waren ursprünglich des Glaubens, dieses Programm, das jetzt mit 24 Seiten vorliegt, in 10 bis 12 Seiten machen zu können. Als nun die Arbeiten der Ausschüsse auf uns einströmten und ihre Forderungen, alle Einzelheiten zu berücksichtigen, wurden es 24 Seiten.

Wir stehen nun vor der Frage, ob wir jetzt für die Verkündung auf dem Parteitag eine Kurzfassung erarbeiten sollen oder nicht. Die Frage der propagandistischen Auswirkung und Auswertung haben wir bewußt zurückgestellt bis nach dem Parteitag.

Adenauer: Ich habe mit Journalisten gesprochen. Die Journalisten wollen von

diesem Parteitag ihren Lesern etwas bringen. Wenn Sie nun den Journalisten das Ganze geben, dann bringen sie gar nichts. Sie müssen für die Zeitungen einen kurzen und knappen Bericht bringen, sonst zerflattert die ganze Sache. Es darf nicht so sein, wie es in Dortmund gewesen ist.

Kaiser: Wir brauchen zweierlei: das Programm und die Kurzfassung. Die Kurzfassung muß der Presse gegeben werden.

Gurk: Wir müssen drei Dinge tun: 1. müssen wir redaktionell kürzen, 2. muß eine sachliche Übereinstimmung heute hergestellt werden, 3. muß eine Kurzfassung geschaffen werden.

Vogel: Vom pressetechnischen Standpunkt aus ist folgendes zu sagen: Von da werden bei solchen Angelegenheiten gewöhnlich zwei Fassungen gebracht, ein Bericht von 200 Zeilen, eine Arbeit, die man in 24 Stunden machen kann; dann gibt es eine Kurzfassung, die kann keiner von uns machen. Dazu gehört eine besondere Begabung, nämlich Überschriften usw. herauszustellen. Das machen Spezialleute. Was wir machen können, wäre die 200-Zeilen-Fassung, die bis morgen abend vorliegen müßte.

Kiesinger: Wir haben Herrn Lojewski² beauftragt, eine solche Kurzfassung ausarbeiten.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Tillmanns und mir heute aufgekomen sind, beruhen darin, daß er mich nicht verstanden hat bei einer Äußerung. Herr Minister Kaiser war dabei und hat mich richtig verstanden. Ich habe genauso Schuld wie jeder andere. Nun habe ich gesagt – ich bin leider nicht in der glücklichen Lage, so jugendfrisch zu sein wie der Herr Bundeskanzler, (*Adenauer:* Sie können es ja noch werden! – *Heiterkeit.*) ich mache einmal den Versuch, mich eine Nacht hinzusetzen. Also, ich habe keinen Ehrgeiz dabei gehabt. Die große Aufregung war wirklich nicht notwendig. Ich habe den Mittwoch vor mir gesehen und daran gedacht, daß ich nun im Schauspielhaus das Programm bekanntgeben soll. Dabei hatte ich das unbehagliche Gefühl, es ist zu matt, insbesondere der erste Teil. Das hat auch Herr Minister Kaiser richtig gesehen.

Über die Kurzfassung von 200 Zeilen habe ich mir noch keine Meinung gebildet. Darüber könnte man diskutieren.

Ich wollte in das Programm aufgrund der vielen Kritik einen strafferen sprachlichen Duktus hineinbringen.

Simpfendorfer: Mich stört der Stil in diesem Wahlprogramm.

Fay: Nicht nur der Stil, es ist auch in der Begrenzung falsch.

Tillmanns: Der erste Teil kann straffer gefaßt werden. Er ist auf Wunsch einiger

2 Werner von Lojewski (1907–1980), 1945 Redakteur beim NWDR (Hamburg), 1953–1955 Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1955–1958 Leiter des Verbindungsbüros der Hohen Behörde der EGKS in Bonn, 1958 stv. Direktor der Presse- und Informationsabteilung der Montanunion in Luxemburg.

Freunde, die aus der Wirtschaftspolitik kommen, entstanden. Herr Hofmann³ hat heftig kritisiert und gesagt, das ist viel zu kurz, was in der Einleitung steht. Das Weltanschauliche muß stärker herausgestellt werden, sonst heißt es, wir seien eine Wirtschaftspartei.

Adenauer: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik können Sie nach meiner Meinung meistens auf die Hälfte zusammenstreichen. Da heißt es z.B.:

„Wirtschafts- und Sozialpolitik

In einer Zeit lebensgefährlichen Tiefstandes von Produktion und Versorgung hat die Christlich-Demokratische Union die Hauptverantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik übernommen. Ihr war die Aufgabe gestellt, dem Hungerdasein der Bevölkerung durch schnelle Steigerung der Gütererzeugung aller Art ein Ende zu machen, die Gefahr der Arbeitslosigkeit, die durch Millionen von Heimatvertriebenen unheimlich vergrößert war, durch Schaffung neuer Arbeitsplätze zu bannen, den Außenhandel wieder aufzubauen, um lebensnotwendige Rohstoffe und Nahrungsmittel einführen zu können, und als unerläßliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau das Vertrauen in die Wertbeständigkeit der deutschen Mark im In- und Ausland zu sichern.“ (*Tillmanns:* Viele Leute wissen das nicht mehr!) Aber das sind doch keine Programmsätze für die Zukunft! Das ist doch nur gesagt zu unserem Lob. (*Tillmanns:* Das ist beabsichtigt!) Das ist kein Programm für die Wahl. „Die Kaufkraft des Lohnes der Industrie-Arbeiterschaft ist ständig gestiegen.“

Das können Sie doch alles streichen. Wir wollen doch ein Programm für die Zukunft machen! (*Fay:* Sehr richtig!)

Fricke: Mir scheint der Hauptfehler zu sein, daß hier ein Bericht und ein Programm gemeinsam behandelt worden sind. (*Adenauer:* Sehr richtig!) Hier sollte man den Bericht vom eigentlichen Wahlprogramm trennen. Dann haben wir auch eine Kurzfassung.

Bach: Die Ausarbeitung der 200 Zeilen macht am besten der neue Pressechef⁴. Wir müssen der Presse etwas übergeben.

Adenauer: Ich glaube, es bleibt nichts anderes übrig, als daß wir die drei Herren bitten, einige Nachtstunden zu opfern, um das auszuarbeiten, was vor allem Herr Fricke gesagt hat. Dann kommen wir ein großes Stück weiter. Der Bericht ist eine Sache für sich, und das Programm ist eine Sache für sich.

Gratl: Was jetzt beabsichtigt ist, halte ich für falsch. Herr Bundeskanzler, Sie haben sich im Parteiausschuß vor einem halben Jahr in bewegenden Worten darüber

3 Vermutlich Dr. Josef Hofmann (1897–1973), Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung“, vor 1933 Zentrum, 1945 CDU, 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen (Memoiren: Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947. Bearb. und eingeleit. von Rudolf MORSEY. Mainz 1977).

4 Vgl. Anm. 2.

beklagt, daß die deutsche Öffentlichkeit leider vergessen hat, wie es 1948 gewesen ist. Das herauszustellen, war der Zweck dieser Sache.

Adenauer: Herr Gradl, hier steht doch: Programm!

Gradl: Der Sinn dieser Ausarbeitung war, Erstrebenswertes und Erreichtes zusammenzufassen, um es der Öffentlichkeit deutlich zu machen, damit sie bei der Wahl daran denken soll. Wenn wir jetzt die eine Hälfte herausnehmen, ist die propagandistische Wirkung verloren.

Adenauer: Das ist ein großer Irrtum von Ihnen, Herr Gradl. Wir wollen ja nicht die eine Hälfte ad acta legen; im Gegenteil! Ich bin sogar der naiven Auffassung, daß der Bericht noch nicht fertig ist. Aber Sie müssen ihn doch vom Wahlprogramm trennen.

Fricke und Fay: Sehr richtig!

Tillmanns: Diese Frage haben wir genau überlegt und festgestellt, daß eine Trennung nicht vorgenommen werden kann. (*Zurufe:* Warum nicht?) Das Programm entwickelt sich inhaltlich aus der bisher geleisteten Arbeit. Im übrigen hat mir Herr Lojewski heute mittag gesagt, die Kurzfassung zu formulieren sei wahnsinnig schwer, (*Zuruf:* Wieso wahnsinnig?) weil er derartig vollbepackt sei mit lauter wichtigen Dingen, so daß er kaum etwas machen könne, ohne daß das Ganze wirkungslos werde.

Adenauer: Wer setzt denn nun straff? Ich bin der Auffassung, das müssen die drei Herren machen. Sie werden von uns dringend darum gebeten.

Kaiser: Dr. Krone schlägt vor, das Ganze auf 12 bis 15 Seiten zu kürzen und gut zu überschreiben. Ich finde diesen Vorschlag ausgezeichnet. Ich meine auch, wir sollten jetzt die Sache unseren Arbeitsbienen in die Hand geben, und zwar den Herren Tillmanns, Wuermeling und Kiesinger.

Gurk: Es sind aber noch sachliche Meinungsverschiedenheiten zu klären, wie Mitbestimmungsrecht usw.

Kiesinger: Wir haben morgen eine Sitzung des Redaktionsausschusses. Ihm gehören sämtliche Ausschußvorsitzenden an, so daß also die sachlichen Bedenken wegfallen. Es sind dabei alle Richtungen vertreten.

Gurk: Der Redaktionsausschuß ist ein Redaktionsausschuß, aber kein politischer Ausschuß. Wir als Vorstand haben die Richtlinien festzulegen und müssen dem Redaktionsausschuß entsprechende Anweisungen geben. Das ist der primäre Weg. Sie können ihn nicht umgekehrt gehen.

Adenauer: Die drei Herren wissen ganz genau Bescheid, an welchen Punkten irgendwelche Kritik einsetzen könnte.

Fay: Die Formulierung „Wir bejahen ein deutsches Soldatentum, das seiner besten Überlieferung getreu usw.“ wünschen meine Freunde nicht. Es ist nicht notwendig, daß man den Leuten, die nach 1945 in die Mühle gekommen sind, zur Begründung ihrer Ansprüche den moralischen Hinweis auf das deutsche Soldatentum gibt.

Kaiser: Das wissen wir vollkommen zu würdigen. Wir dürfen nicht vergessen,

daß das ehrbare Soldatentum diese Viecherei von Adolf Hitler mitmachen mußte gegen ihren Willen. Das spielt im Bewußtsein unseres Volkes eine Rolle. Sonst kommt die FDP mit ihrem Herrn Mende⁵.

Adenauer: Und die SPD, die mit den Generalen viel mehr Fühlung hat als wir, und kassiert die ganzen Leute.

Kiesinger: Dieser Satz im Programm war wirklich genau überlegt.

Adenauer: Meine Herren, wir reden uns immer mehr auseinander.

Fay: Wir sagen, der Staat habe die Aufgabe, den Kirchen die ihnen gebührenden Aufgaben zukommen zu lassen. Es muß positiv heißen: Der Staat soll durchtränkt werden vom christlichen Geist. Denn das schreibt die KPD auch, daß der Kirche ihr Raum gelassen werden soll. (*Tillmanns:* Lesen Sie den Satz doch richtig!) Außerdem sind die Frauen als unser Hauptwählerkontingent nur mit einem einzigen Wort erwähnt, nämlich mit dem heute falschen Wort „Bäuerin“. Es heißt in der heutigen Terminologie: Landfrau. Wir müssen im Parteiprogramm in klaren Formulierungen das bringen, was die Frauen wünschen.

Adenauer: Sie haben mit den Frauen absolut recht, mit den Soldaten nicht. Aber die Frauen müssen ganz anders behandelt werden und zur Geltung kommen.

Ich fürchte, wir werden uns jetzt nur auseinanderreden, und möchte nun bitten, daß wir den drei Herren nicht die kostbare Zeit wegnehmen. Sollen wir nicht abwarten, bis die drei Herren die gestraffte Form fertig haben?

Tillmanns: Herr Fay, wir haben die Frauen nach meiner Ansicht in der wirksamsten Weise angesprochen durch das Kapitel „Familie“. Das ist ungeheuer viel, auch gegenüber unseren Frauen. Im übrigen heißt der Satz bei den Kirchen so: „Den Kirchen und den religiösen Gemeinschaften ist der ihnen gebührende Raum im öffentlichen Leben zu sichern.“ Das tut weder eine Sozialdemokratische Partei noch eine Kommunistische Partei. Diese Worte haben sie vergessen vorzutragen, Herr Fay.

Pferdmenges: Der Satz mit der überbetrieblichen Mitbestimmung kann mißverstanden werden. Das kann heißen, eine Mitbestimmung auf einer höheren Ebene als Kammer, es kann aber auch heißen, daß die Betriebsleute von den Gewerkschaften gewählt werden.

Tillmanns: Das muß klargestellt werden.

Majonica: Ich möchte auftragsgemäß sagen, daß die Junge Union dringend wünscht, etwas zur Familienrechtsreform zu sagen.

Tillmanns: Sie wissen ganz genau, daß wir es nicht machen können.

⁵ Dr. Erich Mende (geb. 1916), 1945 Mitgründer der FDP (bis 1946 Landesgeschäftsführer Nordrhein-Westfalen, 1960–1967 Bundesvorsitzender), 1949–1980 MdB (bis 1970 FDP, 1950–1953 Fraktionsgeschäftsführer, 1957–1963 Fraktionsvorsitzender, seit 1970 CDU), 1963–1966 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und Stellvertreter des Bundeskanzlers (Memoiren: Die FDP, Daten, Fakten, Hintergründe. Stuttgart 1972; Das verdammte Gewissen, Zeuge der Zeit 1921–1945. München 1982; Die neue Freiheit. München/Berlin 1984).

Adenauer: Wir sollten nun nicht weiter den drei Herren für ihre saure Arbeit die Zeit rauben. Wir dürfen es also den drei Herren übergeben.

TERMIN DER BUNDESTAGSWAHL

Ich möchte jetzt noch einmal die Frage des Wahltermins zur Sprache bringen. Als ich gestern abend hörte, daß dies schon zur Sprache gekommen sei, habe ich Herrn Lenz gebeten, mit Hellwege und Blücher zu sprechen. Herr Hellwege hat Herrn Lenz kategorisch erklärt, eine Wahl vor dem Herbst käme für sie nicht in Frage. Herr Blücher hat technische Schwierigkeiten angeführt.⁶

Ich habe mir die Sache durch den Kopf gehen lassen. Ich sehe einmal davon ab, daß wir jetzt einen gewissen Auftrieb haben. Er zeigt sich in Hamburg in eklatanter Weise, auch in der Presse. Aber wir müssen daran denken, daß von Anfang Juli ab außenpolitisch nichts Besonderes mehr geschehen wird, weil überall Ferien sind. Wir müssen weiter daran denken, das ein Drittel des deutschen Volkes Ferienreisen unternimmt und dann von Politik wenig wissen und hören will. Herr Scharnberg, Sie haben Bedenken. Die habe ich auch. Nun hätte ich gern Ihre Ansicht zu der Frage gehört, mit der wir uns am nächsten Donnerstag im Kabinett beschäftigen müssen: Sollte man, wenn wir zu einem früheren Wahltermin kämen, evtl. das alte Wahlgesetz mit der 5 %-Klausel nehmen oder nicht.

Scharnberg: Herr Bundeskanzler, ich halte das für einen sehr gefährlichen Preis. Wenn man das wollte, würde das Gesetz allerfrühestens bis Ende Mai herauskommen. Das wäre schon ein Wunder. Wenn Sie ein Gesetz Ende Mai verkünden, können Sie unmöglich Ende Juni wählen lassen; Sie müssen Mitte Juli nehmen, und das ist ausgeschlossen.

Adenauer: Die entscheidende Frage für die Kabinettsitzung ist für mich die: Sollen wir um den Preis einer früheren Wahl evtl. in Kauf nehmen, daß das alte Wahlgesetz mit dieser kleinen Änderung angewendet wird.

Scharnberg: Davor würde ich, Herr Bundeskanzler, allerdingendst warnen. Wir können damit unsere ganze Zukunft gefährden.

Adenauer: Ich war gestern abend genau so verblüfft, wie Sie es sind. Es wurde mir gestern abend gesagt, das sei die Auffassung der überwiegenden Mehrheit des Vorstandes. Daraufhin habe ich heute morgen Herrn Lenz angesprochen.

Tillmanns: Es ist nur im Fraktionsvorstand darüber gesprochen worden⁷, hier nicht.

Zimmer: Wir halten es für sehr bedenklich, ein Wahlgesetz herauszubringen,

⁶ Hellwege war dagegen, „...weil die Reorganisation der DP noch nicht durchgeführt“ war. Blücher machte geltend, daß die Länder mindestens sechs Wochen zur Vorbereitung nötig hätten, „so daß wir, wenn das Wahlgesetz selbst noch im Mai verabschiedet werde, in den Juli hereinkommen würden“ (Lenz-Tagebuch, 19. April 1953).

⁷ Eine Niederschrift der Sitzung des Fraktionsvorstands vom 13. April 1953 ist nicht überliefert.

das von einer ganz schwachen Mehrheit beschlossen wird, (*Scharnberg*: Das war beim vorigen Mal auch so!) und wenn nicht einwandfrei feststeht, daß das Gesetz nicht verfassungswidrig ist. Wir haben Bedenken, uns den Wahlkampf mit einem sehr umstrittenen Wahlgesetz belasten zu lassen. Das wäre das, was die SPD wünscht. Sie will der Diskussion über die Regierungserfolge möglichst aus dem Wege gehen. Wir haben starke Bedenken, mit der FDP ein Wahlgesetz zu machen. Die einen in der FDP sind dafür, die anderen sind dagegen.

Adenauer: Mir wurde von Herren erklärt – Herr von Brentano hat es auch gesagt –, daß die allgemeine Stimmung dahin ginge, so schnell wie möglich, und zwar noch im Juli, zu wählen. Wir müssen nun wissen, ob der Vorstand das will.

Ehlers: Diese Frage der Wahl hängt mit Ihrer Rückkehr aus Amerika zusammen. Wir haben z. Z. eine politisch günstige Konstellation; sie ist zweifellos vorhanden, aber keiner kann sagen, ob sie sich Ende Juni auswirkt. Die Presse hat noch von einem viel früheren Termin gesprochen. Darüber zu reden, ist dummes Zeug.

Wir müssen fragen, was verbessert sich gegenüber dem bisher vorgesehenen Wahltermin vom 6. September, wenn wir Ende Juni wählen. Es verbessert sich nach meiner Überzeugung überhaupt nichts, aber wir verlieren ganz wesentliche Zeit für die Wahlvorbereitung. Wir müssen ein Wahlgesetz in Kauf nehmen, von dem wir sagen, daß wir es nicht nur aus taktischen, sondern auch aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Ich muß wirklich sagen, das kauft uns keiner ab, wenn wir aus taktischen Erwägungen sagen, wir machen dieses Wahlgesetz. Dann ist unsere ganze Debatte der letzten Monate völlig unglaubwürdig geworden.

Fay: Herr Scharnberg spricht von einem gefährlichen Preis, den wir zahlen müssen. Wie hoch ist denn der Preis? Das kann im Moment niemand sagen. Wir haben uns die Sache in Hessen lange überlegt und sind zu der Auffassung gekommen, daß wir durch einen späteren Wahltermin nichts gewinnen, wenn wir vielleicht doch zu diesem Wahlgesetz gezwungen werden.

Eine frühe Wahl hat auch gute psychologische Wirkungen. Ich fürchte sogar, daß durch die Ferienzeit vieles von dem, was an politischem Bestand neu gewonnen ist, einfach durch Schlamperei verlorengeht. Ich glaube auch nicht, daß der Termin vom 6. September unmittelbar nach den Ferien psychologisch gesehen wesentlich günstiger ist als Ende Juni. Wenn es irgendwie möglich ist, sollte man auf den 15. Juni hinsteuern.

Scharnberg: Die bisherigen Bedenken gründen sich im wesentlichen auf Motive, die absolut widerlegbar sind. Wir werden unsere Fraktion hinter das neue Wahlgesetz bekommen. Die DP steht einheitlich dahinter, so daß ein evtl. Scheitern der FDP zugeschoben werden kann. Aber ich glaube, diese Verantwortung kann die FDP einfach nicht übernehmen.

Es wird gesagt, wir könnten das Gesetz nicht mit einer schwachen Mehrheit annehmen. Das kann ich absolut nicht einsehen. Voriges Mal ist auch das Wahlgesetz gegen unseren Willen mit einer schwachen Mehrheit angenommen worden, und niemand hat gesagt, das ist ein unfaires Gesetz. Niemand hat gesagt, es sei verfas-

sungswidrig. Warum soll denn ein Gesetz, das gegen die SPD angenommen wird, verfassungswidrig sein? Wir sollten nicht vor der SPD gleich kapitulieren!

Adenauer: Wird die FDP mitmachen, das ist die Frage!

Scharnberg: Sie wird mitmachen, Herr Bundeskanzler. Sie ist jetzt fifty:fifty, und sie wird weich in den Knien werden, wenn wir ihr sagen, ihr seid es allein, an denen es scheitert. Wir können damit rechnen, daß wir auch einige Stimmen der Bayernpartei bekommen. Wir wollen doch nicht vor der SPD kapitulieren, bloß weil wir uns nichts zutrauen!

Adenauer: Nachdem ich aber gehört habe, Herr Scharnberg, daß die FDP ihren Parteitag in Lübeck abgesagt hat, sieht die Situation in der FDP sehr schlecht aus.

Scharnberg: Der FDP-Parteitag ist abgesagt worden, weil sich die Leute gesagt haben, nachdem Sie zurückgekommen sind und unserem Parteitag hier einen ungeheueren Auftrieb gegeben haben, würden sie nur ein Anhängsel in Lübeck sein. Ich hätte die Bitte, Ihnen die Dinge, wie sie sich im Wahlrechtsausschuß abgespielt haben, einmal vorzutragen.

Adenauer: Ja, meine Herren, mir wurde das gesagt, was ich vorgetragen habe. Ich kann es nur wiederholen.

Tillmanns: Es ist nur im Fraktionsvorstand darüber gesprochen worden.

Adenauer: Brentano hat mir gesagt: Jawöhl, im Juni. Nun muß ich wissen, wie der Vorstand zu der Sache steht. Das war der Grund, warum ich die Frage angeschnitten habe.

Scharnberg: Darf ich Ihnen morgen oder übermorgen etwas sagen, wenn Sie Zeit haben.

Kaiser: Ich weiß nicht, ob wir diese Frage heute abend weiter diskutieren sollen. Wir müssen auf alle Fälle hierüber strengstes Stillschweigen bewahren. Das darf unter keinen Umständen bekanntwerden. Ich möchte dafür plädieren, daß wir jetzt die Debatte abbrechen und vielleicht morgen noch einmal darauf zurückkommen.

Albers: Ich schlage vor, daß wir Schluß machen. Es ist heute zwecklos, noch darüber zu sprechen.

Adenauer: Dann sollten die Mitglieder der Vorstände nicht darüber reden. Es wird überall davon geredet.

Tillmanns: Es hat in der Zeitung gestanden.

Pferdmenges: Es hat in einer Zeitung gestanden, (*Zuruf:* In Augsburg!⁸) die CDU werde nach der Rückkehr des Bundeskanzlers versuchen, die Wahl vorzuverlegen.

Kiesinger: Ich fürchte, daß wir morgen noch einmal zusammenkommen müssen. Dann würde der Vorschlag von Albers berechtigt sein.

Kaiser: Wann kann morgen eine Sitzung sein?

Adenauer: Wir müssen das Plenum so legen, daß es um 4 Uhr fertig ist.

8 Nicht zu ermitteln.

Kaiser: Das dürfen wir nicht. Wir haben lange verkündet, daß wir einen Parteitag durchführen wollen, in dem diskutiert wird. Das ist auch heute von Tillmanns noch einmal bekanntgegeben worden.

Kiesinger: Ich schlage vor, morgen mittag von halb 3 bis 3 Uhr zu tagen.

Adenauer: Wir müssen noch die Zeit für die Kundgebung unterteilen.

Wuermeling: Erhard und Storch sprechen je 20 Minuten und Sie etwa eine Stunde, Herr Bundeskanzler.

Adenauer: Dann geben Sie den Herren je eine halbe Stunde und mir 45 Minuten. Über die morgige Sitzung lassen wir am besten die Leitung bestimmen. Die Zeit muß noch abgestimmt werden. Wir sind ja präterpropter alle hier, so daß wir die Sitzung irgendwie einschieben können.

Damit wollen wir zum Schluß kommen.

22

Hamburg, 21. April 1953

Sprecher: Ehlers (Vorsitz), Altmeier, Bach, von Brentano, Fay, Gerstenmaier, Gerlich, Gradl, Frau Gröwel, Gurk, Heck, Frau Heiler, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Majonica, Nagel, Samsche, Scharnberg, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Vogel, Wuermeling, Zimmer. Wahlgesetz. Entschließungen. Parteiprogramm. Neuwahl des Vorstands.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Ehlers: Ich schlage vor, daß wir beginnen. Ich möchte darum bitten, daß wir uns heute nachmittag sehr auf die Arbeit konzentrieren und jedes Überflüssige vermeiden.

Herr Scharnberg hat Wert darauf gelegt – mir und anderen geht es genauso –, daß wir den Versuch machen sollten, aus dieser ganzen Debatte im Bundestag und im Wahlrechtsausschuß für unsere Begriffe das Möglichste herauszuholen und nicht aus irgendeiner Platzangst oder Panikstimmung oder Jubelstimmung heraus sämtliche vorhandenen Gewehre in den Graben werfen.

WAHLGESETZ

Zum Wahlgesetz ist folgender Antrag gestellt worden:

Antrag Dr. Ehlers, Dr. Lehr, Scharnberg, Bach, Cillien, Dr. Fricke:

Der 4. Parteitag der CDU erwartet von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, daß sie sich geschlossen hinter den geänderten Regierungsentwurf für das Wahlrecht